

Ein Beispiel für die skandalöse Abgabenlast in Deutschland

Durchschnittlicher Berufsanfänger, frisch fertig studiert, nicht verheiratet, keine Kinder, aus der Kirche ausgetreten und beruflich auf's Auto angewiesen (Steuerklasse I).

| | bisheriges Steuermodell |
|---|----------------------------|
| Reales Brutto Monatsgehalt (Was Sie Ihrem Arbeitgeber eigentlich wert sind) | 2.603,50 € |
| Abgaben Arbeitgeber: Berufsgenossenschaft 10% | -200,00 € |
| Abgaben Arbeitgeber: Anteil Sozialversicherungen | -403,50 € |
| Zwischensumme Bruttomonatsgehalt (Was als Brutto in Ihrem Arbeitsvertrag steht) | 2.000,00 € |
| Lohnsteuer (nach Steuertabelle 2011) | -220,83 € |
| „Solidaritäts“zuschlag 5,5% (der Lohnsteuer) | -11,04 € |
| Anteil Rentenkasse 9,95% | -199,00 € |
| Anteil Krankenkasse 7,3% | -146,00 € |
| Krankenkassen-Sonderbeitrag 0,9% | -18,00 € |
| Anteil Arbeitslosenversicherung 1,5% | -30,00 € |
| Anteil Pflegeversicherung 0,975% | -19,50 € |
| Netto-Auszahlung (Was Ihnen ausgezahlt werden darf) | 1.355,63 € |
| Praxisgebühren (monatlich) | -3,33 € |
| Sonstige Gesundheitskosten (Schätzung) | -5,00 € |
| Kfz-Steuer (Schätzung) | -30,00 € |
| Kfz-Versicherungssteuer 19 % (Schätzung) | -20,00 € |
| Benzinsteuer 90,39 Cent/Liter bei 1,54 €/Liter, bei geschätzten 100 Liter Verbrauch | -90,39 € |
| Umsatzsteuer(MWSt.) | -153,12 € |
| | 19% auf 75% der Ausgaben |
| | -51,04 € |
| | 7% auf 25% der Ausgaben |
| Weitere Steuerausgaben (Schätzung) | -100,00 € |
| GEZ | -17,98 € |
| Einkommen nach Abzug direkter Abgaben (Was Sie von Ihrem Geld für sich ausgeben dürfen) | 884,77 € |
| Geldmengen Zunahme Euro (im Jahr 2006: 9,6%) | -84,94 € |
| Höhere Preise durch Unternehmensbesteuerung | unkalkulierbar |
| Wohlstandsverlust durch staatliche Eingriffe | unkalkulierbar |
| Verwertbares Einkommen (Was Ihnen der Staat tatsächlich übrig lässt) | 799,83 € |
| Reale Abgabenquote (Was Sie dem Staat geben müssen) | 69,28 % |

Erläuterung zu bestimmten Punkten unserer Berechnung:

Sozialabgaben: Hier vom Arbeitgeberanteil zu sprechen, ist Etikettenschwindel. Für ihn interessant sind nur die allgemeinen Kosten des Arbeitsplatzes, die bei 2603,50 € liegen. Ob der Arbeitnehmer diese vollständig erhält, spielt für den Arbeitgeber keine Rolle. Der Arbeitnehmer bezahlt die Sozialabgaben (Rentenkasse, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung und den Krankenkassen-Sonderbeitrag) folglich komplett von seinem Gehalt.

Berufsgenossenschaft: Wir haben einen sehr zurückhaltenden Wert von 10% für die vom Arbeitgeber zu entrichtende Unfallversicherung angesetzt, der je nach Arbeitsart zwischen 4,3% und 50% des Brutto-Monatsgehältes des Arbeitnehmers variieren kann.

Sonstige Gesundheitskosten: Wir haben in unserer Schätzung 5 € veranschlagt - ein sehr konservativer Wert, da immer mehr Arzneimittel aus den Leistungen der Krankenkassen ausgegliedert werden bzw. Zuzahlungen anfallen. Bei einer privaten Versicherung hätte man die Wahl zwischen:

- a.) niedriger Beitragssatz und hohe Selbstbeteiligung
- b.) höherer Beitragssatz der beispielsweise alle Medikamente umfasst

Beim Staat steigen jedoch beide Beträge - ohne Einwilligung der Kassenpatienten. Ebenfalls in dieser Schätzung enthalten sind die künstlich verteuerten Preise für Arzneimittel, die durch die Aufrechterhaltung des Apothekenmonopols entstehen.

KfZ-Versicherung: Da viele Studenten sich während der Studienzeit kein eigenes Auto leisten können, sind wir für unseren beispielhaften Berufsanfänger von einem Versicherungssatz von 100 - 140 % ausgegangen. In der Versicherungsprämie sind 19% Versicherungssteuer enthalten, die wir mit ca. 20 € veranschlagt haben.

Benzinsteuer: Der gesamte Steueranteil am Liter Benzin beträgt 90,39 Cent (ein Anteil von 58,7 % !). Die Benzinsteuer setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- Mineralölsteuer
- Öko(Renten)-Steuer
- Erdölbevorratungsabgabe
- 19% Umsatzsteuer (ja, eine Steuer auf die Steuer)

Freiheit statt Lobbyismus.

Mut. Wahrheit. Freiheit.

Umsatzsteuer: Laut des derzeitigen Warenkorb des statistischen Bundesamt werden 25% der Durchschnittsausgaben für Güter getätigt, die mit 7 Prozent Umsatzsteuer belastet sind. Entsprechend werden die restlichen 75% für Güter und Dienstleistungen ausgegeben, die mit 19 Prozent besteuert werden.

Als Grundlage für unsere Berechnung haben wir eine Sparquote von 10% angenommen. Das bedeutet das 90% dessen, was nach Steuern und Abgaben von der Netto-Auszahlung übrig bleibt, der Umsatzsteuer unterliegt.

Weitere Steuerausgaben: 52.974.778.000 € erhielten Bund, Länder und Gemeinden 2006 aus folgenden Steuern: Kapitalertragssteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Alcopopsteuer, Schaumweinsteuer, Kaffeesteuer, Versicherungssteuer, Stromsteuer, Erbschaftssteuer (über das gesamte Leben gerechnet), Grundsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer, Zweitwohnsitzsteuer, Vergnügungssteuer.

Hinzu kommen noch überhöhte Kosten für Müllabfuhr, Strom, Heizung, oder Post, die durch städtische Monopole oder durch staatliche Regulierungen entstehen. Da diese Kosten überwiegend von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden, haben wir die weiteren Steuerausgaben in unserem Beispiel auf 100 € geschätzt.

Geldmengenzunahme: Die staatliche Europäische Zentralbank hat die Geldmenge in Jahr 2006 um 9,6 Prozent ausgeweitet. Aktuellere Zahlen sind aufgrund der Verschleierung durch die Notenbanken nicht zu ermitteln. Über TARP, TARF, EFSF u.v.m. wird Geld direkt von den Notenbanken aus dem Nichts erzeugt, aber dies außerhalb der Bilanzen der Notenbanken. Es wurden also viele Töpfe und Schattenhaushalte aufgemacht um zu verschleiern das überall nur Geld gedruckt wird.

Warum führen wir die Geldmengenzunahme hier auf? Seit Jahrtausenden hat Geld folgende Funktionen: Es fungiert in einer Volkswirtschaft als Tauschmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel. Die beliebtesten Zahlungsmittel in quasi allen Kulturkreisen waren Gold und Silber, da sie schwer zu fälschen sind und für alle Geldfunktionen verwendet werden können. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat jedoch der Staat das Geldangebot an sich gerissen und seine Zentralbanken können die Geldmenge durch das Drucken von Papiergeld erweitern, was wiederum die Preise zum Steigen (Inflation) bringt.

Freiheit statt Lobbyismus.

Mut. Wahrheit. Freiheit.

Das Problem an der Inflation ist, dass manche das neue Geld früher empfangen als andere. Diese ersten Empfänger werden durch die Geldmengenerweiterung profitieren, da die Preise noch dieselben (niedrigen) sind. Dadurch steigen jedoch die sukzessive die Preise so dass diejenigen diese verdeckte Steuer bezahlen, die als letzte das neue Geld erhalten (z. B. Lohnempfänger oder Rentner).

Wenn der Staat die Geldmenge unverändert lassen würde, dann würden die Preise infolge eines Wirtschaftswachstum sinken, da sich die konstante Geldmenge nun auf mehr Güter verteilt (dies war im 19. Jahrhundert noch an der Tagesordnung als Gold und Silber - also Marktwährungen - noch das offizielle Zahlungsmittel waren). In den letzten Jahrzehnten hätten die Preise in Deutschland aufgrund der gestiegenen Produktivität stark sinken müssen, jedoch wurde von der Bundesbank bzw. EZB die Geldmenge so massiv erhöht (zum Vorteil einiger protegierter Interessensgruppen), dass die Preise sogar sukzessiv angestiegen sind. Diese - durch staatliche Geldvermehrung erzeugten Preiserhöhungen - treffen besonders Lohnempfänger wie aus unserem Beispiel. Die Geldmengenerweiterung kann folglich als eine verdeckte Form der Besteuerung angesehen werden.

Höhere Preise durch Besteuerung von Unternehmen: Wenn Unternehmen durch Steuern zur Kasse gebeten werden, dann scheint das den Normalbürger nicht weiter zu interessieren. Doch nur auf dem ersten Blick:

Müssen Unternehmer mehr Steuern zahlen, dann wird dies auch eine Auswirkung auf die Preise ihrer Güter haben. Man spricht von einer Steuerüberwälzung (In Form von höheren Preisen sind Konsumenten indirekt auch an der Bezahlung der Unternehmenssteuer beteiligt).

Doch nicht nur Unternehmensbesteuerung führt zu künstlich höheren Preisen für die Konsumenten: Auch staatliche Regulierungen, die im Unternehmen mehr Bürokratie und Aufwand verursachen oder die staatlich verursachten Lohnnebenkosten sind für Unternehmen Kosten, von denen letztendlich auch der Konsument betroffen ist.

Freiheit statt Lobbyismus.

Mut. Wahrheit. Freiheit.

Wohlstandsverlust durch staatliche Eingriffe: Nach Frederic Bastiat ist Ökonomie auch die Lehre "von dem, was man sieht, und von dem, was man nicht sieht". Wenn der Staat durch Steuereinnahmen eine Investition tätigt, dann sieht jeder sofort das neue Arbeitsamt. Was man jedoch nicht sieht, sind die neuen Produkte, die aufgrund der Steuereintreibung nun nicht mehr möglich sind. Dies kann man als Wohlstandsverlust bezeichnen. Bei jeder Steuer überwiegt immer der Wohlstandsverlust, was auch empirisch durch den [Economic Freedom of the World Index](#) bestätigt wurde: Je geringer die Staatsintervention in die Wirtschaft ausfällt, umso reicher und technologisch fortgeschrittener ist eine Volkswirtschaft.

Wie hoch diese Wohlstandsverluste im Fall Deutschland sind, ist unkalkulierbar. Fest steht jedoch eines: Den Menschen in Deutschland würde es bedeutend besser gehen, wenn der Leviathan ihnen nicht einen Großteil ihres Einkommens stehlen würde!